

sie irgendwann nach Hause zurückkommen und wieder mit den Hunden zusammenleben können. Außerdem sind sie der Auffassung, dass die Hunde als Wachhund ihr Haus vor Einbrechern schützen. Megumi drängt sie oft vergeblich zur Abgabe.

Bei Katzen ist das nicht der Fall, aber sie klagte darüber, dass sie bisher für die Ganzkörpermessung von Katzen niemanden finden konnte. Ich war nicht sicher, aber vielleicht könnte man die Messwertdifferenz haben, wenn man eine Person ohne Katze und mit Katze misst. Ich erkundigte mich danach bei der

Bürgermessstelle in der Stadt Fukushima, da sie ein Ganzkörper-Messgerät hat. Herr SHIMIZU von der Messstelle war der Meinung, dass die Messwertdifferenz im Rahmen des Messfehlers liegen wird, da der Katzenkörper zu klein sei. Er schlug vor, Urinproben zu sammeln und zu messen. Das ist auch unvorstellbar, wie soll man Katzenurin sammeln? Katzenstreu kann man sammeln und messen, aber dann ist die Frage, wie viel Urin in der Katzenstreu ist. Das ist schwer zu ermitteln. ●

Katastrophenplanung

Aufruf zur Kampagne „Gundremmingen akut“

Um aktive Mitwirkung an der symbolischen Verteilung von Tabletten mit der Bezeichnung „Gundremmingen akut“, als Protest gegen den geplanten Weiterbetrieb des letzten Blocks des Atomkraftwerks Gundremmingen, bitten die Ärzteorganisation IPPNW und die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt.

Ungeklärte Sicherheitsgefahren

Im Atomkraftwerk Gundremmingen kam es in den vergangenen Jahren regelmäßig zu Brennelementschäden. Diese Schäden im Reaktorkern waren teilweise so schwerwiegend, dass wiederholt früher als geplant Brennelemente ausgetauscht werden mussten. Weder die Atomkraftwerksbetreiber (RWE und E.On), noch die Aufsichtsbehörden von Bund und Land informierten die Öffentlichkeit über die Ursachen der Brennelementeschäden. Es steht die Vermutung im Raum, dass es in Gundremmingen wiederholt zu brisanten Störfällen gekommen sein könnte.

Die beiden Atomkraftwerksblöcke in Gundremmingen wei-

sen zahlreiche Sicherheitsmängel auf. Der ehemalige Mitarbeiter der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), Professor Manfred Mertins, stellte in einem Gutachten fest, dass die Voraussetzungen zur Störfallbeherrschung nicht gegeben seien.

Die Ulmer Ärzteinitiative / IPPNW, der Physiker Reiner Szepan und Professor Dr. Klaus Buchner verwiesen unlängst auf GRS-Analysen über die Gefahren beim „Ausfall der Hauptwärmesenke“. Es könne in Gundremmingen bei diesem „Störfall“ zu Brennelementeschäden und sogar zum Super-GAU kommen. Die radioaktiven Freisetzungen im Falle eines Atomunfalls würden Leben und Gesundheit von Hunderttausenden im Raum Stuttgart-Ulm-Augsburg-München bedrohen. Die Großstädte Stuttgart und München sind jeweils nur rund 100 Kilometer von Gundremmingen entfernt.

„Wer B sagt, muss auch C sagen!“

Unter dem Motto „Wer B sagt, muss auch C sagen!“

Folgen von Fukushima

Ein Eiswall soll die havarierten Atomanlagen abschirmen

Ein 1,5 Kilometer langer und 30 Meter tiefer Wall aus Eis im Erdreich um die Ruinen der Atomreaktoren von Fukushima in Japan steht kurz vor der Fertigstellung. Wie der Betreiber mitteilte, wurden am 22. August 2017 Kühlmittel in die restlichen sieben Meter der Wallanlage gepumpt. Innerhalb von zwei Monaten soll

fordert die Ärzteorganisation IPPNW gemeinsam mit der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt, dem Umweltinstitut München und dem Forum Zwischenlager daher die vollständige Stilllegung des Atomkraftwerks Gundremmingen im Jahr 2017.

Wie in Fukushima handelt es sich auch in Gundremmingen um ein Atomkraftwerk mit Siedewasserreaktoren. Block A der Siedewasserreaktoranlage musste schon 1977 nach einem schweren Störfall mit Ausfall der Hauptwärmesenke endgültig stillgelegt werden. Ende 2017 soll nun Block B regulär stillgelegt werden, während RWE und E.On Block C aber noch bis Ende 2021 weiterbetreiben wollen.

Dieses Risiko ist nicht hinnehmbar!

Machen Sie mit!

Durch die Verteilung von Packungen mit Pfefferminzdragees sollen in den kommenden Wochen und Monaten symbolisch „Jod-Tabletten“ an die Bevölkerung verteilt werden. So soll auf die Grenzen des atomaren Katastrophenschutzes aufmerksam gemacht und die vollständige und endgültige Stilllegung des Atomkraftwerks eingefordert werden.

„Gundremmingen akut“ steht auf den Tablettenpackungen,

nun die Erde um die Atomanlagen vollständig gefroren sein. Bisher dringen den Verlautbarungen zufolge täglich 140 Kubikmeter Grundwasser in die havarierte Atomanlage ein und fließen anschließend radioaktiv verseucht in den Pazifik beziehungsweise werden teilweise abgepumpt und in Tanks gelagert. Der Eiswall soll dieses Geschehen jetzt, fünfzehn Jahre nach der Reaktorenkatastrophe, vermindern. Die Kosten in Höhe von umgerechnet rund 380 Millionen Euro trägt der japanische Steuerzahler. Beobachter bezweifeln allerdings die Effektivität des Eiswalls. ●

der Beipackzettel klärt darüber auf, wie schwierig es im Fall eines Super-GAU ist, sich hinreichend schnell zumindest gegen das freigesetzte radioaktive Jod zu schützen.

Machen Sie mit! Bestellen Sie über die folgende Website von .ausgestrahlt ein paar dutzend Packungen von „Gundremmingen akut“ und tragen Sie den Protest auf die Straße:

https://www.ausgestrahlt.de/shop/produkte/catalogue/tabletten-gundremmingen-akut_545/

Die Packungsbeilage für den Atomausstieg

„Lesen Sie diese Packungsbeilage sorgfältig durch“, warnen die Atomkraftgegner vor der Einnahme der Pfefferminzdragees in einem „Beipackzettel“. Bei einem Super-GAU in einem AKW würde durch die Pfefferminzdragees in dieser Packung nicht vor den freigesetzten radioaktiven Partikeln geschützt – dafür benötige man spezielle, hochdosierte Tabletten mit nicht-radioaktivem Jod. „Doch auch diese schützen Sie nur vor drohenden Schilddrüsenerkrankungen, die durch radioaktives Jod ausgelöst werden. Die Jodblockade schützt Sie nicht vor den zahlreichen Krankheiten, die durch andere radioaktive Elemente wie z.B. Cäsium, Strontium und Plutonium verursacht werden.“

Hochdosierte Jodblockade-Tabletten schützen auch nur dann vor radioaktivem Jod, wenn sie zum richtigen Zeitpunkt und möglichst schon vor der radioaktiven Belastung eingenommen werden. Dafür benötige die Bevölkerung aber zuverlässige Informationen der Behörden und der AKW-Betreiber über die belasteten Gebiete und die notwendige Dauer der Einnahme – „und wie sicher werden diese Informationen dann im entscheidenden Moment sein?“, fragen die Atomkraftgegner.

Hochdosierte Jodblockade-Tabletten werden in Deutschland

nur in wenigen Zentrallagern vorrätig gehalten. Eine Verteilung an alle möglicherweise betroffenen Menschen wird von den Behörden abgelehnt und die Vorratsmenge ist umstritten. „Vor allem ist nicht sicher, dass die für Sie und Ihre Familie rechnerisch geplante Tabletten-Packung Sie rechtzeitig erreichen wird. Um die hochdosierten Jodblockade-Tabletten an den dafür vorgesehenen Ausgabestellen zu erhalten, müssten Sie bei einer Reaktorkatastrophe Ihr Haus verlassen, obwohl Ihnen gleichzeitig geraten wird, in den Keller zu gehen und Fenster und Türen geschlossen zu halten.“

Hochdosierte Jodblockade-Tabletten würden auch bei rechtzeitig und richtiger Einnahme nicht vor einer dann notwendigen Umsiedlung schützen. Berechnungen des Bundesamtes für Strahlenschutz zeigten, dass auch Gebiete, die hunderte Kilometer vom AKW entfernt sind, wegen der Verstrahlung über Jahrzehnte unbewohnbar werden können.

Im Ergebnis wird dargelegt, dass nur eine Stilllegung beider Atomkraftwerksblöcke in Gundremmingen Schutz bieten kann: „Gegen die wirklichen Folgen einer Reaktorkatastrophe ist auch ein noch so gut aufgestellter Katastro-

phenschutz hilflos. Der einzige sichere Schutz ist, das AKW rechtzeitig vor einem Super-GAU stillzulegen.“

In diesem Sinne hoffen „ausgestrahlt und IPPNW auf eine rege Beteiligung an dieser Kampagne.“

Tabletten: Gundremmingen akut, 18 Pfefferminz-Dragees in Jodtabletten-Aufmachung, ermäßigter Preis: 1 €, normaler Preis: 1,50 €, Solidaritäts-Preis: 2 €, <https://www.ausgestrahlt.de/shop/produkte/catalogue/tabletten-gundremmingen-akut-545/> ●

Atom Müll

Atomares Endlager erst gegen Ende des 21. Jahrhunderts

Vom Zwischen- zum Endlager

Vor Ende des 21. Jahrhunderts wird es kein betriebsbereites Endlager für wärmeentwickelnde, sogenannte hochradioaktive Abfälle geben. Das erklärte Professor Dr. Bruno Thomauske¹ in einem Inter-

view mit der Heilbronner Stimme im August 2017. Das Endlagersuchgesetz sieht dagegen vor, daß bis zum Jahr 2031 der Standort für ein atomares Endlager feststeht. Das hält Thomauske für eine „rein politische“ Zielsetzung, die den Auswahlprozess der Gefahr aussetze, „mit dem Makel einer Anfangslüge zu starten“. „Darin, dass die Standortauswahl bis 2031 nicht abgeschlossen werden kann“, sei sich die Endlagerkommission, der er von 2014 bis 2016 angehörte, einig gewesen, erklärte er der Heilbronner Stimme. Man habe jedoch nicht den Druck aus dem Verfahren nehmen wollen und deshalb darauf verzichtet, ein anderes Datum zu nennen. Allen Beteiligten, auch den Politikern, müsse klar gewesen sein, daß die politische Zielsetzung nicht erreichbar sei.

Wegen solcher Unsicherheiten und der Befürchtung, daß die Zwischenlager deshalb eher zu Endlagern werden, haben sich die betroffenen Standortgemeinden der Zwischenlager zur „Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen“ (ASKETA) zusammengeschlossen.

gerung hoch radioaktiver Abfallstoffe (Endlagerkommission) nach dem Standortauswahlgesetz.

Von ihrem letzten zweitägigen Treffen der Bürgermeister dieser Arbeitsgemeinschaft in Neckarwestheim berichtete die Bürgermeisterin von Grafenrheinfeld, Sabine Lutz, ihrem Gemeinderat, wie die Main-Post am 16. August 2017 meldete. Daß die strahlenden Überreste der Atomstromproduktion an ihnen hängenbleiben und daß die für 40 Jahre genehmigten Castor-Zwischenlager schleichend zu Endlagern werden, wollen die Bürgermeister nicht akzeptieren. Wenn bis 2031 wirklich ein Standort gefunden sein sollte, könnte 2050 mit der Einlagerung der Castoren begonnen werden, die 2080 abgeschlossen sein könnte.

Bei ihrem zweitägigen Treffen in Neckarwestheim haben die Bürgermeister der ASKETA deshalb fünf Forderungen aufgestellt. Vor allen Dingen wollen sie für die Standortkommunen einen Sitz im Nationalen Begleitgremium, das bei der Suche nach einem Endlager beteiligt werden soll. Dieses Nationale Begleitgremium besteht zur Zeit aus sechs sogenannten „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“, die von Bundestag und Bundesrat berufen wurden, sowie aus drei sogenannten „Zufalls“-Bürgerinnen und Bürgern, die nach einem Auswahlverfahren von der Bun-

desumweltministerin ernannt wurden. Diesem Gremium, das das Standortauswahlverfahren „vermittelnd und unabhängig begleiten“ soll, sitzen Prof. Dr. Miranda Schreurs und Prof. Dr. Klaus Töpfer vor.

Die Standortgemeinden fordern zudem mit Abschluss des Auswahlprozesses für ein Endlager bereits ein zentrales Eingangslager für 500 Castoren einzurichten, und zwar bevor die Genehmigungen für die Standortzwischenlager auslaufen. Sollte dies nicht gelingen, fordern die Standortgemeinden der Zwischenlager analog zur gesetzlichen Entschädigung für den zukünftigen Endlagerstandort auch für sich eine entsprechende Entschädigung. Außerdem fordern sie die unverzügliche Fertigstellung und Inbetriebnahme des bereits genehmigten Endlagers für schwach- und mittelradioaktiven Abfälle Schacht Konrad bis 2022.

Ein schon frühzeitig bestehendes zentrales Eingangslager hält Thomauske für eine „denktheoretische und taktische Überlegung“. Ein solches „weltgrößte(s) Zwischenlager“ würde den Suchprozess zu stark belasten. Verständnis hat Thomauske dagegen für die Forderung der Standortgemeinden nach finanzieller Entschädigung, wenn die Depo- nien an den AKW-Stand-

¹ Dr. Bruno Thomauske, einst Leiter der Projektgruppe beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter, in deren Hand die Genehmigung von Atom Müll-Zwischenlagern an den AKW-Standorten lag, wechselte 2003 zu Vattenfall und wurde dort Leiter der deutschen Atomsparte, bevor er 2007 nach einer Störfallserie in Brunsbüttel und Krümmel wieder entlassen wurde. Man warf ihm mangelnden Willen zur Aufklärung der Vorfälle und „Bunkermentalität“ vor. Seit Dezember 2008 ist Thomauske nun Professor für Nuklearen Brennstoffkreislauf an der Fakultät für Georesourcen und Materialtechnik der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen. Von 2014 bis 2016 war er als Vertreter der Wissenschaft Mitglied in der Kommission La-